



HESSISCHER LANDTAG

10. 05. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Erpressungsversuch von Asklepios entschieden entgegentreten – Beschäftigte am UKGM schützen – Landeskontrolle wiederherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die am Montag erfolgte Mitteilung des Rhön-Vorstands an die Beschäftigten des privatisierten Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) über die ersatzlose Kündigung der Vereinbarung zum Schutz der Arbeitsplätze aus dem Jahr 2017 nimmt der Hessische Landtag empört zur Kenntnis. Der Landtag weist diesen Erpressungsversuch des Asklepios-Konzerns und der Rhön AG entschieden zurück.
2. Der Landtag erklärt seine Solidarität mit den Beschäftigten, die durch eine Kündigung der Vereinbarung von 2017 zukünftig von Ausgliederung und betriebsbedingten Kündigungen und dem Auslaufen der Übernahmegarantie von Auszubildenden bedroht sein werden. Er sichert ihnen zu, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Rhön und Asklepios an beschäftigungsfeindlichen Schritten zu hindern.
3. Der Landtag stellt fest, dass das konfrontative Vorgehen des Asklepios-Konzerns ein weiterer Beleg für den falschen Entschluss der Privatisierung darstellt. Er fordert die Landesregierung auf, die Privatisierung rückgängig zu machen, unmittelbare Schritte zur Rückführung an das Land einzuleiten und dafür auch eine Vergesellschaftung nach Art. 15 GG in Betracht zu ziehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. Mai 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske